Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1900

582 (13.12.1900) Parlaments-Ausgabe

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
in Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mk. 80 Pf., in das Haus gebracht: 3 Mk., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 80 Pf.
Vorausbezahlung.

Sprechstunde der Redaktion 3—4 Uhr.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit Badischem Museum, Parlamentsausgabe und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr
Die einspaltige Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfg., für auswärtige Inserate 20 Pf. Reklamezeile 60 Pf.

Inseraten-Annahme in der Anzeigen-Expedition der Bad. Landeszeitung, Karlsruhe, Hirschstraße 9, sowie in allen Bureaux der Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.

Parlaments-Ausgabe. Karlsruhe, den 13. Dezember 1900.

Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Deutscher Reichstag.

18. Sitzung vom 12. Dezember.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt.

1 Uhr. Am Bundesrathstisch: Graf von Bülow, Graf von Posadowsky, von Goßler, Frhr. von Thielmann u. A.

Die erste Etatsberathung wird fortgesetzt.

Abg. **Rickert** (fr. Vgg.): Der Reichsschatzsekretär hat die Finanzlage des Reichs nie zu rosig und auch jetzt nicht zu schwarz gemalt. Der Etat giebt zu ernsten Besorgnissen keinen Anlaß. Im Allgemeinen ist über den Etat genug gesprochen. Ich will daher nur die eine Frage an den Herrn Kriegsminister richten, wie es sich mit dem Gerücht verhält, daß neue Gewehre beim Heere eingeführt werden sollen. Soviel ich gehört habe, ist dieses Gerücht unbegründet. Von verschiedenen Seiten ist größere Sparsamkeit verlangt worden. Ich kann der Militärverwaltung die Anerkennung nicht versagen, daß sie sparsam wirthschaftet. Die Ausgaben für die Marine werden diejenigen, die sie bewilligt haben, gewiß nicht bereuen. Ich jedenfalls thue es nicht. Die Ausgabe für die Chinaexpedition ist eine Nothwendigkeit, die wir nicht umgehen können. Das deutsche Volk ist auch gewiß im Stande, die nöthigen Summen aufzubringen. Wie steht es denn mit den anderen Ländern? Dort sind die Schulden viel größer als bei uns. Eine Finanzreform, wie sie der Finanzminister v. Miquel vor einigen Jahren vorgeschlagen hat, bekommen wir hoffentlich nicht. Wohl aber wären wir mit einer Finanzreform einverstanden, wie sie der frühere Abgeordnete Miquel in den 60er Jahren gewünscht hat, nämlich eine Finanzreform auf Grund einer Reichseinkommensteuer. Wir schließen uns dem Wunsche an, daß der Entwurf des Zolltarifs veröffentlicht werde, aber nicht im Wege der Verhökerung, die in letzter Zeit wieder große Dimensionen angenommen hat. Die Veröffentlichung ist um so nöthiger, als die Zusammensetzung des wirthschaftlichen Ausschusses nicht befriedigend ist. Große Interessentengruppen sind nicht berücksichtigt, und von den Arbeiterorganisationen hat man keine einzige gefragt. (Hört! hört! links.) Herr von Kardorff versottete gestern die Anti-Kornzoll-Liga und wies auf die Versammlung im Zoologischen Garten hin. Ein Hinweis auf den Cirkus Busch hätte wohl näher gelegen, wo die Führer der Agrarier alljährlich ihre Heerschau abhalten. Die agrarischen Agitatoren reisen im Lande herum, schildern die Noth der Landwirthschaft und verlangen Steuerreformen. Und dabei bezahlt die Landbevölkerung jetzt schon viel weniger Steuern als die städtische. Die Zölle haben keinen entscheidenden Einfluß auf die Preise. Die agrarische Agitation ist unterschätzt worden. Die Großgrundbesitzer haben es verstanden, dem Bruder Bauer zu schmeicheln. Sie haben die Schutzzollpolitik erst lebendig gemacht. In der Handelsvertragsfrage herrscht eine übel angebrachte Geheimnißkrämerei. Glauben Sie denn, daß die Russen und die anderen Völker nicht ebenso gut unsere wirthschaftliche Lage kennen, wie wir? Die Auswanderung ist seit unserer Handelsvertragspolitik zurückgegangen. Das ist doch auch der Landwirthschaft zu gute gekommen, die aber trotzdem immer über die Leutenoth klagt. Die Agrarier schreiben die angebliche Noth der Landwirthschaft der niedrigen Preislage zu. Aus der Statistik über die Subhastationen ist aber hervorgegangen, daß die Subhastationen vielfach die Folge zu geringer landwirthschaftlicher Ausbildung waren. Seit man dies festgestellt hat, ist diese Statistik nicht mehr erschienen. Jetzt liegt sie in den Archiven des Ministeriums vergraben. Durch eine Enquete des Vereins Nordost (aha! rechts) ist nachgewiesen worden, daß der kleine und mittlere Bauernstand gar kein Interesse an hohen Getreidepreisen hat, weil er vielfach noch Getreide zukaufen muß (Hört! Hört! links). Nur die Großgrundbesitzer haben Vortheile von hohen Getreidepreisen. Es wäre geradezu unerhört, wenn man um dieser verschwindenden Minorität willen die Gesetzgebungsmaschine in Bewegung setzen wollte, wenn die gesammte Bevölkerung deswegen mit hohen Getreidezöllen belastet werden sollte. (Zuruf des Abg. Dr. Oertel (kons.) der auf der Tribüne nicht verständlich ist). Herr Kollege, derartige Bemerkungen verbitte ich mir! Die agrarische Presse sucht einen Zwiespalt zwischen dem deutschen Volke und der Regierung zu konstruiren. Sie stellt es so dar, als ob die deutsche Regierung die Schuld an dem südafrikanischen Kriege treffe, als ob die Regierung sich vor England verbeuge. Das ist der Patriotismus der Schützer von Thron und Altar! Deutschland hat den Präsidenten Krüger rechtzeitig gewarnt. Krüger aber hat das Schiedsgericht abgelehnt, als die Möglichkeit dazu noch vorhanden war. Wenn die Kölner Straßenscenen sich in Berlin wiederholt hätten, wäre das nicht eine Desavouirung der Politik der Regierung durch das Volk gewesen? Genau dasselbe, was jetzt in manchen deutschen Zeitungen steht, war beim Abschluß des letzten deutsch-englischen Vertrages in englischen Zeitungen zu lesen; da hieß es vielfach: Verbeugung vor Deutschland! Am lächerlichsten ist der Einwand, daß die jetzige auswärtige Politik im Widerspruch mit der des Fürsten Bismarck stehe. Bismarck hat bekanntlich stets großen Werth auf die Freundschaft mit England gelegt. Das ist praktische Politik, das andere ist politische Kannegießerei.

Kriegsminister von Goßler: Ich hätte eigentlich nicht geglaubt, daß die Gerüchte, die in den letzten Wochen über ein neues Gewehr durch die Zeitungen gingen, in diesem hohen Hause Glauben gefunden hätten. Allerdings hat nun aber der Herr Abg. Bebel bereits gestern die Gerüchte erwähnt, wonach wir ein neues Gewehr mit automatischer Lade-Einrichtung von einem skandinavischen Erfinder in der Armee einführen wollten. Solche Gerüchte tauchen von Zeit zu Zeit auf, sind aber meist unrichtig. Im vorliegenden Falle haben wir uns bei dem angeblichen skandinavischen Erfinder angekündigt, aber bis heute kein Exemplar des Gewehrs zu Versuchszwecken erhalten. Wie wir mit diesem nicht vorhandenen Gewehr ganze Divisionen bewaffnen sollen, ist mir unklar. (Heiterkeit.) Dann war die Rede davon, daß wir eine Kanone einführen wollten, die eine Vorrichtung hätte zur Hemmung des Rückstoßes. Die Firma Ehrhardt in Düsseldorf und Krupp hätten uns eine solche Kanone angeboten, wir haben sie aufgefordert, ein Probegeschütz einzuliefern; es ist aber bis heute nicht bei uns eingetroffen. (Heiterkeit.) — Auf eine weitere gestrige Bemerkung des Abg. v. Liebermann, wonach ein Unteroffizier, der 1866 im Kriege einen Arm verloren, dann trotzdem 1870 mitgekämpft und das Verdienstkreuz I. Klasse sowie das Eiserne Kreuz II. Klasse bekommen habe, jetzt am Hungertuche nage, erwidert der Kriegsminister, daß dieser Mann rund 2000 Mk. Pension bekommt.

Abg. **v. Glebocki** (Pole): Ich lege hiermit feierlichen Protest ein gegen die Art von Kritik, welche hier im Hause an dem Verhalten des Erzbischofs Dr. v. Stablewski bezüglich der Kandidatur des Propstes v. Krzesinski geübt worden ist; das Verhalten des Erzbischofs war durchaus korrekt, denn der Propst hatte sich verschiedener lügenhafter Vorspiegelungen in den Versammlungen schuldig gemacht. Der Erzbischof hat nichts weiter beabsichtigt, als die Wahlfreiheit zu schützen. Bemerken will ich noch, daß der Probst v. Krzesinski ein Pole ist, daß es also nicht zutrifft, wenn man ihn als deutschen Katholiken bezeichnet hat. Der Abg. Dr. Sattler hat, lediglich auf den Schein gestützt, nur die Gründe für seine Angriffe gegen den Erzbischof an den Haaren herbeigezogen.

Präsident Graf **Ballestrem:** Ich bitte, derartige Angriffe gegen einen Kollegen zu unterlassen.

Abg. **v. Glebocki** (fortfahrend): Es hat wenigstens so gescheint. (Heiterkeit.) Jedenfalls sind solche Angriffe gegen einen hohen Kirchenfürsten ein Mißbrauch der Tribüne des Hauses.

Präsident Graf **Ballestrem:** Dem Herrn Abgeordneten steht nicht das Recht zu, von einem Mißbrauch der Tribüne dieses Hauses zu sprechen. Dieses Recht steht mir allein zu.

Abg. Graf **Schwerin-Löwitz** (kons.; fast unverständlich) konstatirt im Gegensatze zum Abg. Rickert, daß im wirthschaftlichen Ausschuß alle Erwerbszweige ausreichend vertreten gewesen seien, auch die Müllerei und Bäckerei schon in ihrer Eigenschaft als landwirthschaftliche Nebengewerbe. Redner geht dann zu einer Schilderung der gegenwärtigen Lage unserer Landwirthschaft über. Die Grundrente sei in geradezu erschreckender Weise zurückgegangen. Angesichts dieser Thatsache müsse man fordern, daß nicht im Interesse einzelner großer Rhedereien die heimische Produktion benachtheiligt werde, und dieser Forderung werde namentlich bei der Aufstellung des neuen Zolltarifs Rechnung zu tragen sein. Der Getreidezoll müsse so beschaffen sein, daß die Getreidepreise wieder auf den Stand von 1870—1890 gelangen. Das sei eine äußerst bescheidene Forderung. (Sehr richtig! rechts.) Wenn der Abg. Bachnicke gesagt habe, die Konservativen nähmen zwar bei der Kohle aber nicht beim Getreide auf die Konsumenten Rücksicht, so hinke dieser Vergleich. Die Kohlenpreise seien gewaltig gestiegen und die Getreidepreise so stark gesunken, daß die Kosten der Produktion kaum noch gedeckt werden. Wenn wir den Kohlenpreisen entsprechende Getreidepreise erzielten, dann wollten wir gern auf jeden Zoll verzichten und sogar an Maßnahmen zur Herabminderung des Preises denken. Der Getreidezoll müßte so sein, daß eine Erhöhung der inländischen Getreideproduktion ermöglicht würde, ohne daß dadurch die Getreidepreise gedrückt werden. Man wirft den Landwirthen immer vor, sie wollten den Abschluß neuer Handelsverträge überhaupt hindern. Ich weiß nicht, worauf man diese Behauptung stützt; aus den Kundgebungen der Landwirthschaft geht ihre Richtigkeit jedenfalls nicht hervor. Wie alle diese Kundgebungen beweisen, erkennen die Landwirthe vielmehr an, daß die Industrie an der Herstellung stabiler Verhältnisse, wie sie durch Handelsverträge geschaffen werden, ein großes Interesse haben. Die Landwirthe sind daher auch bereit, an dem Abschluß neuer Handelsverträge mitzuwirken unter der Voraussetzung, daß die Interessen der Landwirthschaft dabei genügend berücksichtigt werden. Ein fester Minimaltarif bietet den besten Weg dazu. Ein reiner Industriestaat darf Deutschland nicht werden. Wenn die Zahl der industriellen Arbeiter weiter steigt, so werden dadurch die deutschen Fürstenthrone nicht fester werden. In einem reinen Industriestaat wird auf die Dauer die Aufrechterhaltung der monarchischen Gesinnung unmöglich sein; man wird da schließlich zur Demokratie kommen. Die Blüthe des Reichs hängt nicht nur vom Wohlstand überhaupt ab, sondern vor Allem auch von der wirthschaftlichen Unabhängigkeit vom Auslande; eine solche Unabhängigkeit vom Auslande kann nur in einem Staate vorhanden sein, der eine starke, blühende Landwirthschaft besitzt. Ich erwarte, daß die Regierung bei dem neuen Zolltarifgesetz die Beschlüsse des Reichstages auf Aufhebung der Zollkredite berücksichtigen werde; hoffentlich kommt das Gesetz noch in dieser Session an den Reichstag. Ich freue mich, daß jetzt in den oberen Stellen ein frischerer Wind weht und gebe mich der Hoffnung hin, daß das so bleiben wird. (Beifall rechts.)

Abg. **Hasse** (nl., besteigt unter lebhafter Unruhe die Tribüne): Ich kann den Geschmack des Kollegen Richter nicht theilen, der bei der Berathung des Toleranzantrages die Affaire Krüger mit einem schlechten Witz abthat; ich kann auch nicht den Geschmack derer theilen, die diesen Witz mit einer Lachsalve begrüßten. (Gelächter.) Es hätte wirklich nicht erst der Aufforderung des „Hamburger Korrespondent" bedurft, um mich zum Reden zu bewegen. Von anderer Seite ist mir und meinem Freunde Lehr der Vorwurf gemacht, daß wir am letzten Montag bei der Besprechung der Krüger-Angelegenheit gefehlt haben. Das zeugt von einer gewissen Naivetät, denn es stand ja fest, daß wir da noch gar nicht zu Worte kommen konnten. Uebrigens waren ja auch die anderen Herren von der Leitung des Alldeutschen Bundes, Graf Stollberg, von Kardorff und Graf Arnim hier, die, wenn es nöthig gewesen wäre, gesprochen hätten (Lachen). Die „Kölnische Zeitung" hat über meinen Aufenthalt im Haag einen absichtlich irreführenden Bericht gebracht, auf dieses Blatt wirkt ja Alles, was sich auf den Alldeutschen Verband bezieht, genau so wie das rothe Tuch auf den Stier (Heiterkeit). Ich bedauere nur, daß der Reichskanzler sich dieses Blattes, das u. A. auch die Interessen der de Beer-Kompagnie vertritt, zu offiziösen Nachrichten bedient. Ich bin genöthigt, mein Vorgehen im Haag zu schildern (Rufe links: Ach, ach!). Ja, wenn es Ihnen nicht angenehm ist, so gehen Sie hinaus! (Rufe: Im Gegentheil, sehr angenehm!) Wir hatten die Absicht, dem Präsidenten Krüger eine Adresse zu überreichen. Daß das nicht in Berlin geschehen konnte, ist nicht unsere Schuld. Wir mußten nach dem Haag, also in staatsrechtlichem Sinne nach dem Ausland gehen. Für den alldeutschen Verband ist das aber kein Ausland. Der Alldeutsche Verband ist über die ganze Erde verbreitet. (Zuruf: Also international!) Nein, nicht international, sondern national. (Große Heiterkeit.) Meine Worte an Krüger begannen: „Nicht im Auftrage des amtlichen Deutschland" (Schallendes Gelächter!). Ja, wenn Sie das nicht verstehen! (Erneutes Lachen.) Das deutsche Volk in seiner Mehrheit stimmt mit uns überein. Ich bin mit fast allen Rednern des Hauses, zu meinem Erstaunen auch mit Herrn Abg. Bebel, einverstanden, dessen Worte über Krüger ich unterschreibe. Es ist, abgesehen von einigen Wendungen, aber in hohem Grade bedenklich, wenn die bürgerlichen Parteien sich mit den Sozialdemokraten in Uebereinstimmung befinden in der Kritik einer Regierungshandlung. Ist das der Fall, so muß etwas nicht ganz in Ordnung sein. (Heiterkeit.) Auch ich freue mich, daß wir einen zielbewußten Kanzler haben, aber wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten. Seine glänzende Rhetorik läßt oft vergessen, daß er die nothwendigen Schlüsse aus seinen Vordersätzen nicht zieht. Offenbar haben wir nicht den Schein vermieden, daß wir nur England, nicht aber auch den Boeren gegenüber neutral gewesen sind. War es zweckmäßig, in den Begleiterscheinungen der Politik das öffentliche Gefühl zu verletzen? Es giebt Fälle, wo die Regierung gegen den Strom schwimmen muß, aber hier war das nicht nöthig. Wir hetzen nicht gegen England, sondern verlangen nur Gleichberechtigung von England und fordern ferner, daß Krüger in Deutschland so empfangen wäre, wie etwa in Holland. Selbstverständlich wollen wir uns von England nichts gefallen lassen, aber es scheint, als ob in England Stimmungen herrschen, als könne man uns mehr bieten als andern. Die „Times" wußte schon vorher, daß der Präsident Krüger in Berlin nicht empfangen werde; es scheinen also zwischen der Wilhelmstraße und den „Times" intime Beziehungen zu herrschen. Seit dem Sansibarvertrag sind wir von England stets über das Ohr gehauen, auch mit dem Delagoa-Abkommen. Auch jetzt wieder haben wir, wie selbst die „Frankfurter Zeitung" zugiebt, wieder einmal ganz umsonst die Boeren im Stich gelassen und sind wieder übers Ohr gehauen. Der „Lokal-Anzeiger", der sich ja auch offiziöser Beziehungen rühmt, schreibt über die Thatsachen, die zu dem Yangtse-Abkommen mit England geführt haben, betreffend die Stellung Frankreichs würde man später Aufschluß erhalten. Ohne uns etwas zu vergeben, hätten wir den Präsidenten Krüger ruhig empfangen können. Täuschen wir uns doch nicht darüber, daß die Erscheinungen der letzten Wochen allgemein aufgefaßt werden als eine Konnivenz gegen England. Es würde uns selbst sehr genützt haben, wenn wir dem alten Herrn in seinem Unglück die Hand gedrückt hätten; haben wir doch selbst Cecil Rhodes, dessen Hand, auch wenn sie vergoldet ist, doch noch beschmutzt bleibt, empfangen. Nicht die Boeren sind uns zu Dank verpflichtet, sondern wir den Boeren, die zwar als realpolitische Bauern für ihre Freiheit kämpften, aber dadurch unseren südwestafrikanischen Besitz sichern. Ohne die Boeren würden wir Samoa noch lange nicht haben. (Sehr richtig! rechts). Es handelt sich um die Zukunft von Südafrika. Ich sehe nicht so rosig in die Zukunft wie der Reichskanzler. Gewiß, die großen Fragen kommen nicht in Afrika zur Entscheidung, aber die Thatsachen, die in der Zwischenzeit in Afrika geschaffen werden, die Siedlungen lassen sich nicht wieder beseitigen. Was in den letzten Wochen in Deutschland geschehen ist, ist emporgewachsen aus der deutschen Volksseele in allen ihren Schattirungen; ich erinnere nur an den Empfang des Präsidenten in Köln. Die vorwiegend klerikal und sozialdemokratisch gesinnten Rheinländer haben den Präsidenten Krüger mit einer Begeisterung empfangen, wie vorher keinen Kaiser und keinen König. (Abg. Richter: Sind Sie denn dabei gewesen?) Nein, aber ich berufe mich auf meine Gewährsmänner. (Abg. Singer: Im Karneval ist's auch so!) Und die Leute, die in München die große Versammlung veranstaltet haben, waren bairische Demokraten und Freisinnige. Es sind so viel schauderhafte Gerüchte über Grausamkeiten von Engländern gegen Boeren zu uns gedrungen, und diese Brutalitäten haben bis heute noch nicht ihre Sühne gefunden. Den Deutschen in Transvaal gegenüber haben sich die Engländer ganz anders benommen, als gegen Mitglieder anderer Staaten. Da hieß es immer: Only German! Nur ein Deutscher! Dem gegenüber halte man das stolze Wort „Civis Germanus sum". Ja, gedenke, daß Du ein deutscher Bürger bist. (Vereinzelter Beifall.)

Reichskanzler Graf **v. Bülow:** Der Abg. Hasse hat nicht ohne eine gewisse Erregung gesprochen, auch nicht ohne Pathos — schönes Pathos. Ich werde mich bemühen, so ruhig und nüchtern wie möglich zu reden, denn meine verantwortliche Stellung legt mir die Pflicht auf, mich lediglich von der Staatsraison leiten zu lassen. Es hat mich auch interessirt, zu sehen, wie mitunter der Abg. Hasse herumplätscherte in den blauen Wellen des unbegrenzten Oceans der Konjekturalpolitik (Heiterkeit). Auch an diesem Vergnügen kann ich mich nicht betheiligen (Sehr gut!), ich muß auf der Terra firma der Wirklichkeit bleiben. Ich zweifle garnicht daran, daß der Abg. Hasse mir an diplomatischer Geschicklichkeit, an staatsmännischer Erfahrung und Einsicht, an Willenskraft weit überlegen ist (Heiterkeit), bin aber doch überzeugt, daß wenn er an meiner Stelle stände — das erwarte ich von seinem Patriotismus — und wenn er die Verhältnisse in Europa und der Welt so kennte, wie ich sie kenne, daß er dann ganz genau dieselbe Politik machen würde, wie ich. Er hat selbst erwähnt, daß er am vergangen Montag bei der Einleitung der Etatsdebatte nicht zugegen war; ich denke nicht daran ihm daraus einen Vorwurf zu machen, aber ich kann nicht in wenigen Minuten Alles wiederholen, was ich schon vorgestern gesagt habe. Ich gehe also nicht ein auf denjenigen Theil meiner damaligen Ausführungen, durch die ich, wie ich glaube, Vieles von dem, was der Abg. Hasse heute sagte, schon im Voraus widerlegt habe. Ich wende mich zu dem, was er Neues gesagt hat.

Der Abg. Hasse hat sich gewandt gegen die Art und Weise unseres Vorgehens gegenüber dem Präsidenten Krüger. Die Sache lag ganz einfach so: Als wir hörten, daß der Präsident Krüger die Absicht habe, nach Berlin zu kommen — diese Nachricht war für uns sehr überraschend, diese Nachricht bekamen wir 24, höchstens 48 Stunden bevor die Abreise stattfinden sollte; bisher war allgemein angenommen worden, er würde sich von Paris nach Holland begeben; worauf die Sinnesänderung des Präsidenten zurückzuführen war, will ich hier unerörtert lassen, der Präsident Krüger wollte sich in kleinen Etappen über Köln und Magdeburg nach Berlin begeben — da haben wir ihn in der allerhöflichsten und allerrücksichtsvollsten Weise durch die Vermittlung unserer Botschaft in Paris und durch Dr. Leyds darauf aufmerksam machen lassen, daß Seine Majestät der Kaiser zu seinem Bedauern jetzt nicht in der Lage sei, ihn zu empfangen, und ihn deshalb bitte, von seiner Reise Abstand zu nehmen. Als der Präsident darauf nach einigem Hin- und Herreden doch seine Reise ins Werk setzte, ist ihm in Köln wiederum in der allerrücksichtsvollsten und entgegenkommendsten Weise durch den kaiserlichen Gesandten in Luxemburg nochmals gesagt worden, Seine Majestät seien außer Stande, ihn jetzt zu sehen, und bitten ihn deshalb, von seiner Reise abzustehen. Ueberrumpeln und vergewaltigen lassen wir uns nicht. (Beifall.)

Nun hat der Abg. Hasse gesagt, daß unsere Haltung gegenüber der Reise des Präsidenten Krüger hervorgegangen aus Rücksichten auf das Ausland, in seinen offiziösen Blättern habe ich sogar gelesen: Aus Liebedienerei gegen das Ausland. (Zuruf rechts: sehr richtig!) Unsere Haltung gegenüber dem Herrn Präsidenten Krüger — das bemerke ich auch dem Herrn gegenüber, der eben sehr richtig! rief — ging nur hervor aus der Wahrung unserer eigenen Interessen. Wir haben nur gethan, was für uns nützlich war und was uns die Erhaltung des Weltfriedens erleichtert. Dabei war uns der Beifall der Einen — ich spreche von unsern Nachbarn in Europa — ebenso gleichgiltig wie der Aerger der Anderen. Dann hat der Abgeordnete Hasse ebenso wie gestern der Abgeordnete Bebel auch angedeutet, daß unsere Haltung gegenüber der Reise des Präsidenten Krüger oder überhaupt gegenüber dem südafrikanischen Kriege zurückzuführen wäre auf die verwandtschaftlichen Beziehungen des Trägers der Krone. Das hat gestern der Abg. Bebel gesagt und ich habe verstanden, daß der Abg. Hasse, in den auf Transvaal bezüglichen Theilen seiner Rede, auch in diesem mit ihm übereinstimmt — — (Zuruf des Abg. Hasse: Nein!) Wenn Sie das nicht gethan haben, dann konstatire ich das mit Vergnügen und wende mich jetzt nur an Herrn Bebel. Wie die englische Regierung und der englische Hof zu dieser Reise des Präsidenten Krüger stehen, weiß ich nicht, ich erkläre aber hiermit auf das Bestimmteste, daß von Seiten des englischen Hofes oder der englischen Regierung weder an den Kaiser, noch an mich, den verantwortlichen Reichskanzler, hinsichtlich der Reise des Präsidenten Krüger, hinsichtlich unserer Haltung im südafrikanischen Kriege weder irgend ein Wunsch noch irgend ein Antrag an uns herangetreten ist. (Hört, hört!) Die

Annahme, daß der Kaiser sich von verwandtschaftlichen Beziehungen beeinflussen lassen könnte, zeigt wenig Kenntniß von dem Charakter des Kaisers und seiner Vaterlandsliebe. (Beifall.) Für den Kaiser sind lediglich nationale deutsche Gesichtspunkte maßgebend, und wenn dem anders wäre, wenn irgend welche verwandtschaftliche Beziehungen, dynastische Beziehungen auf ihn Einfluß hätten, würde ich nicht einen Tag länger Minister bleiben. (Lebhafter Beifall.) Nun ist der Abg. Hasse auf das deutsch-englische Abkommen eingegangen und er hat in sehr schwarzen Farben geschildert, welche Folgen dieses Abkommen für uns nach sich ziehen würde. Das hat mich insofern etwas gewundert, als der Abg. Hasse ja gar nicht weiß, was in dem Abkommen drin steht (hört! hört! und sehr gut! links, Heiterkeit), und ich werde ihm das auch jetzt nicht sagen (Heiterkeit), denn ich darf es Ihnen nicht sagen, da die englische Regierung mit uns darüber übereingekommen ist, daß dieses Abkommen bis auf weiteres und bis zum Eintritt bestimmter Umstände nicht der Oeffentlichkeit zu übergeben ist. Solche Zusagen von Regierung zu Regierung muß man halten. Wenn wir nicht schweigen könnten, so würden wir das Vertrauen der übrigen Regierungen verlieren, und kein Mensch würde mit uns unterhandeln wollen, und damit wäre auch Ihnen nicht gedient. Das aber kann ich mit aller Bestimmtheit sagen, daß das deutsch-englische Abkommen keinen Artikel, keinen Paragraphen, keine Bestimmung enthält, die sich irgendwie beziehen auf einen Konflikt zwischen England und den südafrikanischen Republiken. (Hört, hört!) Unsere Haltung im südafrikanischen Kriege würde genau dieselbe sein — das wiederhole ich auch gegenüber den von Herrn Hasse vorgebrachten Behauptungen —, unsere nach beiden Seiten unabhängige Haltung würde ganz dieselbe sein, wenn das deutsch-englische Abkommen gar nicht existirte, denn das ging nicht hervor aus irgend welchen Verpflichtungen, die wir übernehmen, sondern aus unserem wohlverstandenen eigenen Interesse, aus der Gesammtlage der europäischen Verhältnisse, aus speziell deutschen Verhältnissen. Das Samoa-Abkommen und das Yangtse-Abkommen, worüber der Abg. Hasse, wie ich glaube, mit großem Unrecht so ungünstig urtheilte, enthalten überhaupt keine geheimen Bestimmungen, keine geheimen Klauseln. Sie enthalten gar nichts, was das hohe Haus nicht wüßte, was die ganze Welt nicht wüßte.

Nun, meine Herren, hat der Abg. Hasse ja auch, wenn ich ihn recht verstanden habe — oder war es gestern der Abg. Bebel? — er hat erinnert an das Telegramm, welches Se. Majestät der Kaiser im Frühjahr 1896 an den Präsidenten Krüger gerichtet hat, als es sich nicht um einen regulären Krieg zwischen zwei Staaten, sondern um ein Flibustier-Unternehmen handelte. Ich denke gar nicht daran, dieses Telegramm zu verleugnen, durch welches Seine Majestät der Kaiser seinem richtigen Empfinden für das Völkerrecht korrekten Ausdruck gegeben hat. Aber ebensowenig haben wir beabsichtigt, durch jenes Telegramm unsere Politik für immer, in omnes casus et eventus, in omnia saecula festzulegen, und das konnten wir umsoweniger, als sich die Verhältnisse seitdem geändert haben. Ich begehe keine diplomatische Indiskretion, wenn ich sage, daß dieses Telegramm jedenfalls das Verdienst gehabt hat, durch die Aufnahme, welche es fand, nicht in Deutschland, sondern außerhalb Deutschlands, die Situation für uns insofern aufzuklären, als diese Aufnahme gar keinen Zweifel darüber ließ, daß wir im Falle eines Konflikts mit England in Südafrika auf unsere eigenen Kräfte und einzig und allein auf unsere eigenen Kräfte angewiesen sein würden. (Hört! hört! links.) Daraus mußte eine gewissenhafte Regierung ihre Schlüsse ziehen, und daraus haben wir unsere Schlüsse gezogen. Die Ausführungen des Abg. Hasse kamen ja im großen Ganzen darauf hinaus, daß er uns den Vorwurf macht, wir hätten die Boeren preisgegeben. Diesen Ausdruck habe ich auch in einer Reihe ihm nahestehender Blätter gefunden. Von einer Preisgebung der Boeren kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil wir nie ein Protectorat über die südafrikanischen Republiken ausgeübt oder auch nur angestrebt haben. Es kann von einer solchen Preisgebung aber vor Allem deshalb nicht die Rede sein, weil wir nur deutsche Interessen in der Welt zu wahren haben. Transvaal und die Südafrikanische Republik können nicht der Angelpunkt, können nicht der Drehpunkt unserer ganzen Politik werden. Das Hemd liegt näher als der Rock, und jedenfalls liegt es mir näher, der ich der deutsche Minister des Aeußeren bin und nicht Minister in und für Prätoria. Wenn aber der Abg. Hasse unter Bezugnahme auf die Presse und auf Volksversammlungen gesagt hat, die öffentliche Meinung gluge für die Boeren und das gluge gegen mich, so macht mich das auch nicht im Mindesten irre, nicht als ob ich nicht sehr wohl kennte die Macht und die Bedeutung der öffentlichen Meinung. Die öffentliche Meinung ist der starke Strom, der die Räder der staatlichen und politischen Mühle treiben soll; wenn aber dieser Strom Gefahr droht, die Räder in eine falsche Richtung zu treiben oder die Räder gar zu zerstören, so ist es die Pflicht einer Regierung, die diesen Namen verdient, sich einem solchen Strom entgegenzustellen, völlig unbekümmert um etwaige Unpopularität. Es giebt noch höhere Kränze, als die, welche der Alldeutsche Verband austheilt. (Beifall.) Die deutsche öffentliche Meinung hat gerade in Fragen der auswärtigen Politik — ich scheue mich nicht, das öffentlich zu sagen — durchaus nicht immer das Richtige getroffen. Sich für fremde Interessen einzusetzen und zu erhitzen, wie das jetzt in einem großen Theile von Deutschland geschieht, und sich dafür einzusetzen und zu erhitzen unter Vernachlässigung und Preisgebung deutscher Interessen, das ist ein menschlich schöner Zug des deutschen Volkes, politisch jedoch ein Fehler, der sich in der Vergangenheit oft genug an uns gerächt hat. Es macht dem guten Herzen des Abg. Hasse Ehre, wenn er die Aufgabe unserer Politik darin sieht, fremde Völker zu retten. Das ist aber nur im Privatleben so; im internationalen Verkehr kommt man nicht weit damit; fremde Völker retten zu wollen hat nicht immer Glück gebracht. Dafür bietet die Geschichte lehrreiche Beispiele. Blicken wir in unsere eigene Geschichte. Als Fürst Bismarck in den sechziger Jahren nicht für die Polen einschreiten wollte gegen Rußland, da hieß es, er habe sich erniedrigt zum Schergen der russischen Henkersoldaten. Und als derselbe große Staatsmann 20 oder 22 Jahre später — ich war damals schon in der auswärtigen Karriere und erinnere mich der Sache noch sehr gut — uns nicht brouilliren wollte mit Rußland wegen der schönen Augen der Bulgaren und des Fürsten von Battenberg, da wurde derselbe Vorwurf laut. Damals ging die öffentliche Meinung ganz entschieden in den sechziger Jahren für die Polen und in den achtziger Jahren für die Bulgaren. Damals waren die Helden der polnischen Insurrektion und Fürst Battenberg ebenso popular wie heute Präsident Krüger; es wird aber Niemand im Zweifel darüber sein, daß Fürst Bismarck in beiden Fällen das Richtige getroffen hat und daß er einen großen Fehler gemacht hätte, wenn er anders manövrirt, wenn er unsere Politik anders instradirt hätte. Wir werden niemals durch Preisgebung deutscher Interessen fremde Zustimmung erkaufen; aber für fremde Interessen dürfen deutsche Interessen nicht preisgegeben werden. (Beifall.)

Ich habe in den letzten Tagen immer wieder gehört und immer wieder gelesen, daß das Recht auf Seiten der Boeren stände. Ich scheue mich nicht, auch das hier offen zu sagen, daß das nicht entscheidend für uns sein kann. Wir können, und das sage ich auch der Presse und dem deutschen Volk, dessen Rechtssinn so ausgebildet ist — bei Streitigkeiten zwischen fremden Völkern nicht fragen wo das Recht liegt und wo das Unrecht. Der Politiker ist kein Richter; er hat lediglich die Interessen und Rechte seines eigenen Landes zu wahren. Vom Standpunkte der abstrakten reinen Moralphilosophie kann ich mich unmöglich in der auswärtigen Politik treiben lassen — das habe ich bisher auch nicht gethan — und vom Standpunkte der Bierbank auch nicht. (Sehr gut! links.)

Als ich hier am vergangenen Montag an die politische Vernunft des hohen Hauses appellirte, diese politische Vernunft des hohen Hauses, an die man sich ja zum Aerger mancher Leute nicht umsonst wendet, da befand sich der Abg. Hasse im Haag. Ich denke nicht daran, ihm einen Vorwurf daraus zu machen, ich achte den Idealismus, der in dem Abg. Hasse steckt; das ist der reine, schöne Idealismus des deutschen Volkes, und den will ich ihm auch erhalten. Aber die Kreise unserer auswärtigen Politik darf dieser Idealismus nicht stören. Die Zukunft und die Sicherheit des deutschen Volkes darf er nicht gefährden. Und solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich diese Sicherheit, werde ich die Interessen des deutschen Volkes, werde ich die Zukunft des deutschen Volkes gegen wen es auch sei in Schutz nehmen, wie das meine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Frhr. **v. Richthofen**: Ich möchte den Worten des Herrn Reichskanzlers einige thatsächliche Bemerkungen zufügen. Es ist monirt worden, daß die deutsche Regierung zugelassen hätte, daß auf deutschen Schiffen ein englisches Ablösungskommando nach der Walfischbai transportirt worden sei. Der Vorwurf ist unberechtigt. Denn sobald uns bekannt wurde, daß ein derartiger Transport beabsichtigt sei, haben wir der betreffenden Rhederei sofort mitgetheilt, daß wir die Ausführung dieser Absicht für nicht vereinbar mit der von uns zugesicherten Neutralität hielten. Wir haben dann auch den Transport inhibirt. Ferner ist die Lieferung von deutschen Geschützen durch die Firma Ehrhardt an die Engländer zur Sprache gebracht worden. Sobald das auswärtige Amt zur Kenntniß kam, daß diese Maschinenfabrik eine größere Bestellung von der englischen Regierung erhalten habe, von der bereits ein Theil ausgeführt sei, ist der Regierungspräsident in Düsseldorf angewiesen worden, die Sachlage aufzuklären. Als sich herausstellte, daß es mit der Bestellung seine Richtigkeit habe, hat der Herr Reichskanzler die weitere Lieferung von Geschützen mit Rücksicht auf die Lage der Dinge in Südafrika bis auf Weiteres inhibirt. Was schließlich die Behandlung der Deutschen bei der Ausweisung aus Südafrika angeht, so habe ich bereits früher erklärt, daß die Art dieser Ausweisung manchem völkerrechtlichen Brauch widersprochen hat. Auf der anderen Seite aber muß ich betonen, daß unsere Beamten in dieser Sache nach allen Richtungen ihre Schuldigkeit gethan haben. Die Deutschen, die sich dem Boerenheere angeschlossen haben, waren sich über die Schwierigkeit der Lage in einem solchen Kriege nicht klar. Im Kriege herrschen vielfach andere Gesetze als im Frieden. Ich möchte für die Zukunft die Deutschen im Auslande warnen, damit sie in ähnlichen Fällen etwas vorsichtiger sind und in Zukunft auch im Privatleben das beherzigen, was am Montag der Herr Reichskanzler empfehlen hat, daß man nämlich die Finger nicht zwischen Thür und Angel klemmen, nicht für Andere die Kastanien aus dem Feuer holen und sich nicht in anderer Leute Angelegenheiten mischen soll. Wird das nicht beobachtet, dann ist die natürliche Folge, daß man nachher von keiner Seite Dank hat. Mir liegt der Brief eines Deutschen vor, der eine nicht unbeträchtliche Rolle in den südafrikanischen Verhältnissen der letzten Jahre gespielt hat. Nach diesem Briefe haben die Boeren späterhin einfach zu den Ausländern gesagt: „Wir brauchen Euch nicht mehr, wir haben Euch ja gar nicht gerufen.“ Ueber solche Vorfälle kommt man mit einen Gedanken an die Stammesgemeinschaft mit den Boeren nicht hinweg, einem Gedanken, der übrigens von deutscher Seite viel öfter geäußert worden ist als von boerischer Seite. Selbst in Köln hat der Präsident Krüger an die Stammesbrüderschaft nur einmal erinnert und er hat dabei gleich hinzugefügt, daß auch französisches Blut in den Adern der Boeren fließe. Gegenüber den Vorwürfen, die noch immer gegen den Konsul in Johannesburg erhoben werden, betone ich, daß dieser Mann mit großem Erfolge sich der Deutschen angenommen hat. Durch seine Bemühungen sind von 46 verhafteten Deutschen 26 freigekommen. Ich führe zum Vergleich an, daß von 73 Oesterreichern nur 12, von 2 Schweizern 1, von 75 Italienern 20, von 6 Franzosen 4, von 8 Amerikanern 2 frei gekommen sind. Der deutsche Konsul hat also 56 Prozent der Gefangenen freibekommen, mehr als irgend ein anderer Konsul. Daraus geht doch wohl hervor, daß dieser Mann seine Pflicht ebenso erfüllt hat, wie seine Kollegen.

Abg. **Bebel** (Soz.): Weder von mir noch von irgend jemand an dieser Stelle ist dem Reichskanzler zugemuthet worden, in der Transvaalsache eine Intervention herbeizuführen. Wir billigen im Allgemeinen die Haltung der deutschen Regierung in dieser Sache. Wenn man aber nicht in der Lage war, den Präsidenten jetzt zu empfangen, so hätte man ihm sagen müssen, man sei bereit, ihn zu einem späteren Termin zu empfangen. Statt dessen hat er eine pure Ablehnung empfangen, und so faßt auch das Volk die Sache auf. Es waren eben gewisse Kennivenzen gegen England maßgebend. Wenn wir bei dem Vertrag, den wir mit England geschlossen haben, die Geleimten waren, so finde ich es begreiflich, daß dieser Vertrag noch nicht veröffentlicht ist. Daß ich gesagt haben soll, es seien verwandtschaftliche Rücksichten bei der Behandlung des Präsidenten Krüger maßgebend gewesen, ist ein Mißverständniß, ich habe nur die Aeußerung der Amsterdamer Zeitung zitirt. Der Reichskanzler sagt, daß er das Telegramm des Kaisers vom Jahre 1896 auch heute nicht desavouiren wolle. Das wäre auch vermessen von ihm. Aber jenes Telegramm und die Worte des Freiherrn von Marschall mußten bei den Boeren den Eindruck erwecken, daß sie an Deutschland einen Freund hätten, und sie hätten erwarten können, daß die höchste Stelle, die das Telegramm abgesandt hatte, den Präsidenten empfing. Damit hätten wir uns nichts vergeben, während jetzt die brüske Abweisung den Verdacht der Angst oder Rücksicht auf England erwecken mußte. Das Wort „Bierbankpolitik“ ist schon einmal im deutschen Reichstag gefallen, und zwar seitens des Abg. Lasker gegen mich. Aber wie mir damals die Zukunft Recht gegeben hat, so wird sie uns auch jetzt wieder Recht geben. Die historischen Vergleiche des Reichskanzlers treffen in keiner Weise zu.

Nun zu den Entgegnungen auf meine gestrigen Rede. Zu seinen persönlichen Invektiven habe ich dem Abg. von Kardorff keine Veranlassung gegeben. Seine Angriffe waren ihrer Form nach so, daß ein Ehrenmann es unter seiner Würde hält, darauf zu antworten. (Sehr wahr! links.) Im Uebrigen nehme ich Herrn von Kardorff schon längst nicht mehr ernst. An meinem Urtheil über die Haltung des Centrums kann auch die persönliche Bemerkung des Herrn Dr. Lieber nichts ändern, wenngleich ich zugestehen muß, daß der Bericht der „Frankfurter Zeitung“, aus dem ich mich informirt hatte, mit dem Wortlaut des Stenogramms der Lieberschen Rede nicht übereinstimmt. Graf Posadowsky hätte sehr wohl gelegentlich unserer neulichen Interpellation das Wort ergreifen können; wenn er es nicht gethan hat, so geschah es nur, weil seine Rede zu der des Reichskanzlers in striktem Gegensatz stand (Sehr richtig! links). Graf Posadowsky hat kein Wort des Tadels gegen Herrn v. Woedtke; ich darf aus seinem Stillschweigen auf meine Frage, wie er von dem Vorfall Kenntniß verlangt hat, wohl den Schluß ziehen, daß er selbst von dem Geschenk von 12 000 Mk. gewußt oder es sogar veranlaßt hat. (Sehr richtig! links.) Die Rechtfertigung des Grafen Posadowsky läßt darauf schließen, daß er gegebenen Falls wieder so handeln würde. Wir sehen also einen Gegensatz zwischen dem Kanzler und dem Staatssekretär, denn der Kanzler hat das Verhalten des Herrn v. Woedtke als einen Mißgriff bezeichnet und dem Staatssekretär deutlich kundgegeben, daß solche Sachen nicht wieder vorkommen dürfen. Vergleichen Sie mit dieser Erklärung die gestrige Rechtfertigung des Grafen Posadowsky! Die Aeußerung des Kanzlers war eine verzuckerte Reprimande, die einer Koramirung verzweifelt ähnlich sah. (Sehr gut! links.) Der Staatssekretär sagt, die Zuchthausvorlage sei nicht gegen die Arbeiter gerichtet, sondern nur gegen den Terrorismus. Nun, kein Verband terrorisirt seine Arbeiter mehr als der Centralverband der Industriellen. Herr Bueck hat sogar gesagt, die Arbeiter seien verpflichtet so zu stimmen, wie es die Arbeitgeber wollen. Und von einem solchen Verband nimmt der Staatssekretär 12 000 Mk. für eine Vorlage, die sich auch gegen den Terrorismus der Arbeitgeber richtet. Das, Herr Graf, machen Sie weiß, wem Sie wollen. Alle Parteien haben sich gegen den Gesetzentwurf erklärt, alle Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Gesinnung waren überzeugt, daß derselbe eine Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter bedeute. (Sehr richtig!) Und was für Drucksachen waren es, die für die 12 000 Mk. verbreitet wurden! Es war die berüchtigte Denkschrift mit ihren Unwahrheiten, Dichtungen und Entstellungen! Diese Denkschrift schickte man an die Unternehmer in der Absicht, sie scharf zu machen und der Vorlage zur Annahme zu verhelfen. Es war der letzte verzweifelte Versuch, das Gesetz zur Annahme zu bringen. Die Vorlage entsprang einem Herzenswunsch des deutschen Kaisers, und diesen Wunsch zu erfüllen, waren die Herren Posadowsky und Woedtke beflissen . .

Präsident Graf **Ballestrem**: Ich ersuche Sie, die Person des Kaisers nicht in dieser Weise in die Debatte zu ziehen. Das ist unzulässig.

Abg. **Bebel**: Es hat doch im Reichsanzeiger gestanden.

Präsident Graf **Ballestrem**: Es bleibt bei dem, was ich gesagt habe. Die Art und Weise war so, daß ich sie nicht für zulässig erklären kann.

Abg. **Bebel**: Die Herren erwarteten Dank für ihre Bemühungen. Worin dieser Dank bestand, kann ich ahnen, darf es aber nicht sagen. (Heiterkeit.) Das Verhalten des Grafen Posadowsky und des Herrn v. Woedtke war eine Pflichtwidrigkeit und Verfassungsverletzung. (Sehr richtig!) Auf den Entwurf des französischen Handelsministers Millerand braucht sich der Staatssekretär nicht berufen, denn dieser Entwurf will etwas ganz Anderes, er legt sogar unter Umständen den Arbeitern die Pflicht auf, in einen Strike einzutreten. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wenn die Regierung überhaupt keine Kongresse beschickte, so würden wir ihr keinen Vorwurf machen, aber sie beschickt nur Unternehmerkongresse und macht da den Katzenbuckel. Daran ändern die Ausführungen des Grafen Posadowsky nichts. In der Generalversammlung des Bundes deutscher Industrieller waren nicht weniger als zehn Regierungskommissare anwesend. (Hört! Hört!) Für den Brief „mundus vult decipi“ hat der Staatssekretär nicht nur kein Wort der Empörung gehabt, er hat ihn sogar zu rechtfertigen versucht. Daraus ersieht man klar, daß das angeblich arbeiterfreundliche Herz des Grafen Posadowsky in Wirklichkeit nur kapitalistenfreundlich ist. Er kann gar nicht mehr anders denken als die Gesellschaft, mit der er umgeht, denn böse Gesellschaft verdirbt gute Sitten. Für das Quantitativ der Arbeit im Reichsamt des Innern haben wir volles Verständniß. Wir thun ja aber auch das unsrige, ihm die Arbeit zu erleichtern (Lachen rechts), denn wir haben verlangt, daß das Reichsamt des Innern in zwei oder drei Departements sich theile. Und wenn Sie einen solchen Spezial-Etat einbringen, dann werden wir ihn annehmen, wenn wir auch natürlich den Etat im Ganzen ablehnen. (Heiterkeit.) Wenn wir den Etat im Ganzen annehmen werden, dann werden wir uns in einer Zeit befinden, wo Sie nichts mehr zu sagen hatten. (Heiterkeit.)

Im Bäckereigewerbe wahrt die Regierung auch lediglich die Interessen der Unternehmer. Es geschieht aber nichts für eine anständige Behandlung der Gehilfen. Vielfach schlafen sie in denselben Räumen, wo das Brod gebacken wird. Ja es kommt vor, daß die Arbeitsräume in unmittelbarer Nähe der Bedürfnißräume liegen. Es liegt im allgemeinen gesundheitlichen Interesse, daß hiergegen etwas geschieht. Die persönlichen Verdächtigungen des Kriegsministers weise ich zurück. Fast vermuthe ich, er leidet an einem Gehörfehler, denn sonst hätte er das nicht sagen können, was er gesagt hat. Ich habe lediglich Anfragen über gewisse Zeitungsnachrichten an ihn gestellt; statt mich zu verdächtigen, hätte er mir dankbar dafür sein sollen. Bei unseren Verhältnissen in Deutschland muß man immer die Augen offen halten, da kann man sich auf Alles gefaßt machen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Nur wenig Bemerkungen. Ich habe den Brief von Lacisz nicht entschuldigt, sondern ihn für bedauerlich erklärt und damit dann nur einen Akt der Pietät gegen den Todten erfüllt. Im Uebrigen war ich äußerst zurückhaltend, und mit vollem Recht. Denn die Sache wird vom Reichsversicherungsamt untersucht werden und ich kann in die schwebende Untersuchung nicht eingreifen. Gegen die Auffassung des Vorredners, als seien meine Anschauungen durch meinen Verkehr mit Kapitalisten bereits verwirrt, bemerke ich, daß wohl keiner weniger mit solchen Kreisen verkehrt, die man vorzugsweise kapitalistisch nennt, als ich.

Abg. Dr. **Sattler** (nl.) weist die Angriffe des Abg. von Glebocki zurück und bestreitet es, daß der Probst Krzesinski mit „lügenhaften“ Behauptungen operirt habe. Pflicht der Deutschen sei es der polnischen Gefahr zu begegnen.

Das Haus vertagt sich.

Persönlich bemerkt

Abg. **Richter**: Wenn der Abg. Hasse mir Mangel an Ehrfurcht vor dem Präsidenten Krüger vorwirft, so hat er im vollen Bewußtsein seiner Größe den Präsidenten Krüger mit seiner eigenen werthen Person verwechselt. (Große Heiterkeit.) Meine gestrige Aeußerung, die Transvaaldebatte würde durch das Eingreifen des Abg. Hasse ihren Höhepunkt erreichen, nehme ich hiermit ausdrücklich zurück. (Große Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Das ist nicht mehr persönlich.

Abg. Dr. **Hasse**: Herr Richter hat wieder bewiesen, daß er Gewicht darauf legt, in der Krüger-Frage der Spaßmacher des Hauses zu sein. (Heiterkeit.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Das ist auch nicht persönlich.

Nächste Sitzung: **Sonnabend** 12 Uhr. (Fortsetzung der E

Redacteur Felix v. Eckardt,
Druck u. Verlag der Badischen Landeszeitung G. m. b. H., Karlsruhe.